



Zukunftsgipfel Kindertagesbetreuung im Ostalbkreis am 4. April 2023

- P O S I T I O N S P A P I E R -

In Baden-Württemberg und auch im Ostalbkreis wird derzeit öffentlich sehr ausführlich und teilweise auch sehr kritisch bzw. „aufreißerisch“ über die Situation in der Kindertagesbetreuung diskutiert, v. a. wird sehr viel über unterschiedliche Verantwortung sowie über mögliche fehlende Lösungsbereitschaft diskutiert.

Der Ostalbkreis hat sich deshalb entschieden, alle Beteiligten bzw. die vermutlichen Akteure zu einem Zukunftsgipfel zusammen zu bringen.

Dieser Zukunftsgipfel Kindertagesbetreuung passt im Übrigen auch sehr gut in die Gesamtstrategie „Zukunft Ostwürttemberg“, da es letztlich auch darum geht, durch eine angemessene und notwendige Kindertagesbetreuung die wichtigen Rahmenbedingungen sowie Antworten auf die großen demographischen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Denn wir benötigen wieder mehr Kinder und wir benötigen dringend die Eltern, v. a. die Mütter, als wichtige Arbeitskräfte der Zukunft.

In Baden-Württemberg fehlen laut Ländermonitoring 2022 der Bertelsmann Stiftung allein in diesem Kindergartenjahr 57.588 Plätze. Es ist damit zu rechnen, dass diese Zahl in den kommenden Jahren weiter ansteigen wird. Ursächlich hierfür sind mehrere Faktoren; zum einen hohe Geburtenzahlen, der wachsende Bedarf nach längeren Betreuungszeiten, auch für jüngere Kinder, und zum anderen der zunehmende Mangel an Fachkräften in der frühkindlichen Bildung ebenso wie auch bei anderen Berufsgruppen.

Insbesondere der Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung ist ein drängendes Problem, das langfristige Auswirkungen auf unsere Gesellschaft hat. Die Qualität der Betreuung von Kindern im Vorschulalter hat einen großen Einfluss auf ihre kognitive und soziale Entwicklung sowie auf ihr zukünftiges Wohlbefinden. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Kindertagesbetreuung den Bedürfnissen der Kinder gerecht wird.

Darüber hinaus ist die Kindertagesbetreuung ein unverzichtbarer Bestandteil der Bildungs- und Sozialpolitik. Daher sind flächendeckende Angebote ein wesentlicher Faktor auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Auch führt ein Mangel an Plätzen in der Kindertagesbetreuung zu einem weiteren Fachkräftemangel im Land, wenn auch die betroffenen Eltern mangels Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht arbeiten können.

Rund 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Fachberatungen für Träger der Kindertageseinrichtungen, des Städte- und Landkreistags, des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg und aus der Bundes- und Landespolitik sowie der Eltern, Erziehenden und Auszubildenden trafen sich am 4. April 2023 auf Einladung von Landrat Dr. Joachim Bläse im Aalener Landratsamt zum „Zukunftsgipfel Kindertagesbetreuung“. Ziel war es, gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten, wie allen Kindern der Zugang zu Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden kann.

Rund drei Stunden lang gab es Informationen, Erfahrungsberichte und Austauschmöglichkeiten. In mehreren Blitzlichtern wurde das Thema zunächst aus verschiedenen Sichtweisen beleuchtet. Dabei gaben Anette Krause, Leiterin des Referats Frühkindliche Bildung beim Ministerium für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Kristin Schwarz, Verbandsdirektorin des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg sowie Vertretungen des Städte-, Gemeinde- und Landkreistags und der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Ostalbkreises wie auch Erzieherinnen, Auszubildende und Elternvertretungen ein Statement ab.

Im Anschluss daran befassten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit verschiedenen Aspekten der Kindertagesbetreuung. Hierzu gab es Thementische zu den Themen Personalgewinnung und -bindung, Rahmenbedingungen für den Kita-Betrieb und Finanzen/Förderung. Unter der Moderation von Bürgermeister Dr. Gunter Bühler aus Bopfingen, Kristin Hermann vom KVJS und Julia Braune vom Städtetag diskutierten an den Thementischen die Akteure aus Politik, Verbänden und der Fachpraxis intensiv und es wurden Ansatzpunkte für eine gemeinsame Ostalb-Strategie erarbeitet.

Die Ergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst.

I. Ausbau der Kindertagesbetreuung ein großer Erfolg

In Baden-Württemberg und insbesondere auch im Ostalbkreis wurde in den vergangenen Jahren vieles erreicht bzw. vieles in dem Bereich der Kindertagesbetreuung investiert.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wurden von 2012 bis 2022 landesweit 1.355 zusätzliche Einrichtungen mit insgesamt 94.195 genehmigten Plätzen geschaffen. Das pädagogische Personal wurde im selben Zeitraum um 41.782 Personen aufgestockt.

Im Ostalbkreis konnten von 2012 bis 2022 insgesamt 37 zusätzliche Einrichtungen mit 2.318 genehmigten Plätzen geschaffen werden. Im selben Zeitraum hat das pädagogische Personal um 1.115 Personen zugenommen.

II. Ziele

Trotz dieser Erfolgsgeschichte fehlen sowohl landesweit als auch im Ostalbkreis weitere Betreuungsplätze sowie insbesondere auch zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Allein im Ostalbkreis wurden bei einer Erhebung zum Stichtag 01.03.2022 insgesamt 753 fehlende Plätze gemeldet.

Diese weitere Ausbaustufe wird nun schwieriger aufgrund von fehlenden Fachkräften, aber auch knapper werdenden Finanzen.

Alle Beteiligten sind daher gefordert, neue, andere Wege bzw. Ansätze zu beschreiten. Evtl. muss auch zwischen kurzfristigen bzw. Übergangsmaßnahmen und längerfristigen Ansätzen unterschieden werden.

Nachfolgende Lösungsansätze werden mitentwickelt:

A. Bereich Personal:

- Fachkräfte entlasten und kompetenzorientiert einsetzen.
- Einsatz von unterstützenden Personen ermöglichen und anrechnen („helfende Hände“, wie zum Beispiel Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte).
- Personalvielfalt: Fachkräftecatalog erweitern.
- Mindestpersonalschlüssel zukunftsfähig weiterentwickeln.
- Angemessene Bezahlung.
- Gesellschaftliche Wertschätzung, zum Beispiel durch gezielte Öffentlichkeitskampagnen und eine verbesserte Kommunikation über die Bedeutung und Herausforderungen der Kindertagesbetreuung oder durch Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Akteuren aus der Politik und von Arbeitgeberseite, um die Bedeutung der Kindertagesbetreuung als unverzichtbare gesellschaftliche Aufgabe zu betonen und die Anerkennung für die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte zu steigern.
- Angebot von Weiterentwicklungsmöglichkeiten – Fach- und Führungskarriere im Arbeitsbereich entwickeln.
- Digitalisierung, z. B. in der Elternkommunikation.

- Mehr Flexibilität für Träger und Einrichtungen im Personalmanagement, um mehr Handlungsspielräume zu haben.
- Kita-übergreifende Vertretungen ermöglichen.
- Flexibler Personaleinsatz, insbesondere bei Zweitkräften.
- Personalgewinnung durch stärkere Werbung bei Schulabgängern und zusätzliche Anreize sowie ansprechende Stellenanzeigen.
- Direkteinstieg Kita - verkürzte Ausbildung berufserfahrener Menschen zu sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten.
- Quereinstieg ermöglichen - Übergangsregelungen schaffen.
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen, um die Integration von Berufserfahrung und akademischer Ausbildung zu fördern.
- Fachkräfte aus dem Ausland akquirieren (Vereinfachung von Anerkennungsverfahren).

B. Qualität/Rahmenbedingungen:

- Vielfalt der Betreuung: Neue Angebotsformen entwickeln.
- Lokale Strategien zur Absicherung der Qualität entwickeln.
- Neue Modelle wie z. B. Kita-Einstiegsgruppe.
- Ausbau der Kindertagespflege zur Entlastung der Kitas im U3-Bereich - Förderung von Zusammenschlüssen und Anpassung der Rahmenbedingungen, um auch hier mehr Betreuungskräfte gewinnen zu können.
- Höhere Flexibilität ermöglichen, die auch die vielfältigen regionalen Belange und Gegebenheiten berücksichtigt.
- Kommunen brauchen mehr Handlungsspielraum sowie langfristig rechtliche und finanzielle Möglichkeiten, um kurzfristige und pragmatische Lösungsideen umsetzen zu können.

- Personalausstattung neu denken mit Fokus auf die gesamte Einrichtung: Multiprofessionelle Teams/interdisziplinäre Personalausstattung und damit die Möglichkeit, Personal flexibler einsetzen zu können.
- Bestehende Standards überprüfen und Verwaltungsverfahren beschleunigen sowie bestehende Optionen nutzen (bspw. digitales Betriebserlaubnisverfahren).
- Abbau von Bürokratie und Reduzierung der Komplexität für Träger und Einrichtungen.
- Mehr Eigenverantwortung auf die Kommunen übertragen, um (individuelle) Lösungen vor Ort finden zu können; verbunden mit dem Einsatz von dauerhaften „runden Tischen“ mit allen Beteiligten, wertschätzend und auf Augenhöhe.
- Erwartungen an das, was eine Kita leisten kann, reflektieren und ggf. anpassen und Prioritäten setzen.
- Absenkung von Standards/rechtlicher Hürden bei Übergangslösungen.
- Anpassung an Personalstandards anderer Bundesländer.
- Zur Lösungsfindung ist die Zusammenarbeit aller beteiligter Institutionen vor Ort auf Augenhöhe notwendig.
- Offene und wertschätzende Kommunikation zwischen den Verantwortlichen muss dauerhaft und stabil erfolgen, um auftretende Schwierigkeiten rechtzeitig anzugehen.
- Stärkere Zusammenarbeit zwischen Politik, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Erzieherinnen und Erziehern sowie Eltern, um gemeinsam Lösungen für den Fachkräftemangel zu entwickeln und umzusetzen.
- Einführung eines „Zukunftsparagrafen“ im Kindertagesbetreuungsgesetz (Vorschlag des Städtetags Baden-Württemberg). In diesem sind viele der oben aufgeführten Maßnahmen enthalten. Es sollen neue pädagogische und organisatorische Erkenntnisse entwickelt und erprobt sowie begrenzende Regelungen außer Kraft gesetzt werden. Die Grundidee lautet: Alle Beteiligten vor Ort – Eltern, Personal, Kommune – setzen sich an einen Tisch und finden ihre individuelle Lösung. Das können neue Öffnungszeiten sein, andere Betreuungsangebote oder andere Gruppenstrukturen. Der Zukunftsparagraf soll Blockaden auflösen, indem vor Ort neue Erfahrungen gemacht und Diskussionen angestoßen werden.

Auch beim Personaleinsatz können durch einen passgenauen Mix an qualifizierten Fachkräften und engagierten Zusatzkräften neue Wege gegangen werden. Ziel ist es, dass die im Landesrecht geregelten Rahmenbedingungen gelockert werden und es den Kommunen ermöglicht wird, neue Ideen und Konzepte zu entwickeln und auszuprobieren.

Eine Refinanzierungsmöglichkeit sollte es allen Kommunen gleichermaßen – auch finanzschwachen – möglich machen, Ideen zu erproben.

Auch der in Baden-Württemberg konkretisierende Orientierungsplan müsste nicht starr umgesetzt werden, sondern pädagogische Fachkräfte und Expertenhelfer könnten so gemeinsam ein Konzept entwickeln, das den Gegebenheiten vor Ort und den Bedürfnissen der Kinder entspricht.

C. Finanzen:

- Erhöhung der staatlichen Finanzierung für die Kindertagesbetreuung.
- Entbürokratisierung der Finanzierung: Direkte Zuweisungen an die Kommunen statt Beantragung über Ausgleichsstock sowie vor Ort Entscheidung über Ausgestaltung.
- Zusätzliche Beteiligung der Wirtschaft.
- Inklusion: Es muss ausreichend finanzielle Unterstützung für qualifiziertes Personal in Regleinrichtungen zur Verfügung stehen ebenso wie ausreichende Betreuungsplätze in integrativen Einrichtungen.

Fazit und weiteres Vorgehen:

1. Die Umsetzung der oben genannten Lösungsansätze kann dazu beitragen, die Aufrechterhaltung sowie den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung im Ostalbkreis sicherzustellen. Das Forum hat gezeigt, dass eine Lösung der Herausforderungen und ein Umsetzen der Lösungsansätze nur im zielgerichteten und konstruktiven Miteinander aller Ebenen (Bund, Land und Kommunen), aller Institutionen sowie aller Beteiligten (u. a. auch der Eltern) erfolgen kann.

2. Die Landkreisverwaltung schlägt vor, einen Arbeitskreis auf kommunaler Ebene mit Beteiligung der relevanten Akteure zu bilden, um abzustimmen, welche der oben genannten Maßnahmen im Ostalbkreis umgesetzt werden können, wie diese gegebenenfalls konkret auszugestalten sind bzw. auf welche überörtlichen Stellen zur Realisierung der weiteren Umsetzung zuzugehen ist.
3. Bund und Land sind aufgerufen, Investitionskostenzuschüsse für Neubauten, Umbauten und Sanierungen zur Verfügung zu stellen. Das Land wird darüber hinaus gebeten, die gesetzlichen und sonstigen Regelungen bei der KiTa-Betreuung im Hinblick auf Standards mit dem Ziel zu überprüfen, zusätzliche Kapazitäten im Hinblick auf Personal und Kita-Plätze zu schaffen; hierbei sind sowohl kurzfristige als auch mittelfristige Maßnahmen ins Auge zu fassen.
4. Die Genehmigungs- und Fachaufsichtsbehörden werden gebeten, Parameter und Spielräume, insbesondere im Hinblick auf die Genehmigung von kurzfristigen und mittelfristigen Maßnahmen vollumfänglich auszuschöpfen.